



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 2. Sitzung des Ortsbeirates Plauen (OBR PI/002/2009)

am Dienstag, 03.11.2009,

18:00 Uhr

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Irina Brauner

Mitglied Liste CDU

Dr. Christian Brendler
Gisela Clauß
Christa Eppeler
Thomas Lehmann
Sarah, Carola Strugale

Mitglied Liste DIE LINKE

Renate Herfert
Waldemar Peine
Gerold Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Jens Georgi
Michael Schmelich
Xaver Seitz

Mitglied Liste SPD

Ingrid Buckram
Andreas Ernst

Mitglied Liste FDP

Dietmar Keil

Mitglied Liste Freie Bürger

Michael Hauck

Stellvertretende Mitglieder

Martin Kiefer
Heike Wieghardt

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Siegbert Liebig
Vertretung für Herrn Jürgen Stäbener

Abwesend:

Mitglied Liste SPD

Jürgen Stäbener

Mitglied Liste FDP

Prof. Dr. Siegbert Liebig

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift zur 1. Ortsbeiratssitzung am 6. Oktober 2009
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 2.1 Überprüfung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesautobahn 17 im Stadtgebiet Dresden A0026/09
beratend
 - 2.2 Verkehrsbaumaßnahme Potschapper Straße zwischen Karlsruher Straße und Stadtgrenze V0019/09
beratend
- 3 Vorlagen zur Information an den Ortsbeirat
 - 3.1 Grundhafter Ausbau der Straße Birkigter Hang zwischen Haus-Nr. 21 und 64 V0256/09
zur Information
- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen

öffentlich**1 Kontrolle der Niederschrift zur 1. Ortsbeiratssitzung am 6. Oktober 2009**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt die Damen und Herren Ortsbeiräte und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Anschließend bestätigt der Ortsbeirat mit 14 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen die Tagesordnung.

Zur Niederschrift merkt Herr Peine an, dass es in Ortsbeiräten gemäß deren Geschäftsordnung keinen Alterspräsidenten gebe, ebenso wenig wie einen „Alterspräsidenten“.

Im Anschluss bestätigt der Ortsbeirat die Niederschrift der 1. Sitzung einstimmig.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**2.1 Überprüfung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesautobahn 17 im Stadtgebiet Dresden****A0026/09
beratend**

Herr Schmelich stellt im Auftrag der einreichenden Stadtratsfraktionen den interfraktionellen Antrag vor. Ausgangspunkt des Antrages seien die Aktivitäten der Bürgerinitiative Lockwitzgrund, die von den dortigen Anwohnern gegründet worden war und die auf - ihrer Auffassung nach - existierende Mängel beim Lärmschutz hingewiesen habe.

Herr Schmelich erläutert hierzu, dass bei der Erstellung von Lärmgutachten nicht der tatsächliche Lärm gemessen werde, sondern im Vorfeld eines Straßenbauvorhabens Berechnungen über zu erwartende Lärmbelastungen erstellt würden. Dabei käme es zu Differenzen zum später am Ort vorherrschenden Geräusch oft schon dadurch, dass als Berechnungsgrundlage die Geschwindigkeit von PKW mit 130 km/h bei Autobahnen angesetzt werde, für LKW mit 80 km/h, beide Parameter in der Praxis allerdings oft deutlich darüber liegen würden.

Deshalb solle sich die Oberbürgermeisterin beim Bund für ein aktuelles Lärmgutachten einsetzen, dass auf tatsächlichen Messwerten beruhe. Die Sorgfaltspflicht der Stadt gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern gebiete zudem, dass im Fall einer Verweigerung der Messungen durch Bund und Freistaat die Stadt selbst eine solche Datenerhebung beauftrage, um anschließend belastbare Argumente für eventuelle Forderungen zur Verbesserung des Lärmschutzes vorweisen zu können.

In der anschließenden Diskussion signalisiert Herr Dr. Brendler zunächst seine grundsätzliche Zustimmung zum Antrag. Allerdings sei er dagegen, dass sie Stadt bezahlen solle, wenn die Verantwortlichen nicht dazu bereit wären. Zunächst sollten die Bauherren zu Messungen nachdrücklich aufgefordert werden und es solle nicht von vornherein ein Signal gesandt werden, dass man im Ablehnungsfalle sehr wohl selbst bereit sei, dass erforderliche Geld für ein Gutachten bereitzustellen. Deshalb stellt Herr Dr. Brendler den Antrag, den zweiten Satz unter Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zu streichen, dem sich Herr Keil anschließt.

Herr Seitz bittet um Zustimmung zum interfraktionellen Antrag wie eingereicht. Es sei erforderlich und im Sinne der betroffenen Bürger, notfalls selbst zu finanzieren. Diesem Schritt sei die Aufforderung an die eigentlich zuständigen Behörden ausdrücklich vorangestellt, weshalb er jene nicht abschwäche oder relativiere. Satz zwei stelle in einem inhaltlich mehrstufigen Antrag die zweite Stufe dar.

Sollte, so Herr Dr. Brendler hierauf, die Oberbürgermeisterin mit der Umsetzung von Satz eins scheitern, könne anschließend das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden und das weitere Vorgehen zum Schutz der Betroffenen abgestimmt werden.

Auch Frau Buckram ist für die Streichung des betreffenden Satzes und Frau Clauß ergänzt, dass die Behörden von Bund und Land einst bei der Vorstellung des Baus der A 17 ausreichend Lärmschutz einschließlich Kontrolle nach Inbetriebnahme der Schnellstraße versprochen hätten und diese Versprechen demnach jetzt einlösen sollten.

Herr Wagner hält die eingetretenen Konflikte am Beispiel des Lockwitzgrundes für vorhersehbar. Die Stadt habe nunmehr nicht die Aufgabe, Schäden auszugleichen, die andere verursacht hätten.

Herr Schmelich bittet an dieser Stelle den Ortsbeirat nochmals um Zustimmung zum ungeänderten interfraktionellen Antrag, um den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern nicht in den Rücken zu fallen. Einsicht in die Betroffenheit der Anlieger zum Nulltarif funktioniere nicht. Es sei vielmehr Aufgabe der Stadt, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Herr Lehmann kann nicht erkennen, dass der Ortsbeirat mit einer Streichung des zweiten Satzes den Betroffenen in den Rücken falle, worauf Herr Seitz bemerkt, dass jedoch unnötig Zeit vergehe, in der die Anrainer weiter den Lärm zu ertragen hätten.

Schließlich befürwortet der Ortsbeirat mit 9:8 Stimmen das Rederecht für Dr. Hunger, der von Herrn Schmelich als Fachmann auf dem Gebiet des Lärmschutzes vorgestellt worden war.

Herr Dr. Hunger berichtet, mehrere Lärmaktionspläne für verschiedene Gemeinden erarbeitet zu haben. Neben fachlichen Aspekten, die er zur Sache vorträgt, hielte er es für sinnvoll, der Oberbürgermeisterin eine Frist zu setzen, innerhalb derer sie die zuständigen Behörden zu einem Gutachten bewegt haben solle und nach deren erfolglosen Verstreichen die Stadt aktiv werden würde. Herr Dr. Hunger gibt weiter zu bedenken, dass sich die geschätzten Kosten eines hier in Rede stehenden Gutachtens auf etwa 10 000 € belaufen und damit in überschaubarem Rahmen blieben.

Anschließend spricht - nach Zustimmung des Ortsbeirates - mit Herrn Liebscher ein betroffener Anwohner über den Autobahnlärm.

Herr Peine stellt sodann den Antrag, in den zweiten Satz unter Ziffer 1 den Passus „*innerhalb eines Zeitraumes von 6 Monaten*“ hinter dem Komma einzufügen.

Herr Schmelich wirft an dieser Stelle in die Diskussion ein, dass seiner Kenntnis nach die Bundes- und Landesbehörden bereits abgelehnt hätten, ein Lärmgutachten erstellen zu lassen.

Nunmehr bringt die Ortsamtsleiterin die gestellten Änderungsanträge zur Abstimmung. Zunächst erfolgt das Votum zum Antrag zur Streichung des zweiten Satzes unter Ziffer 1.

Der Ortsbeirat stimmt dem Antrag zu.

Ja:	10
Nein:	6
Enthaltung:	1

Damit ist eine Abstimmung über Herrn Peines Antrag hinfällig.

Herr Hauck stellt deshalb den Antrag, die 6-Monatsfrist in den ersten Satz unter Ziffer 1 einzufügen. Diesem Antrag stimmt der Ortsbeirat zu.

Ja: 15
Nein: 0
Enthaltung: 2

Im Anschluss befürwortet der Ortsbeirat Plauen den so geänderten interfraktionellen Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bei den zuständigen Behörden und Institutionen (BMVBS, SMWA, DEGES etc.) ein aktuelles Lärmgutachten und aktuelle Messungen insbesondere für die Bereiche Lockwitzgrundbrücke, Nöthnitzbachbrücke und Weißeritztalbrücke der Bundesautobahn 17 zu erwirken. Sollten entsprechende Anfragen negativ beschieden werden, wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, selber ein Lärmgutachten und Messungen zu beauftragen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird weiterhin beauftragt, in Abhängigkeit der Ergebnisse des Lärmgutachtens und der Messungen, sich bei den o. g. Behörden und Institutionen für zusätzliche (aktive) Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anwohner entlang der Bundesautobahn 17 einzusetzen.

Stellungnahme/Beschlussempfehlung:

Der Ortsbeirat Plauen gibt folgende Stellungnahme ab:

1. Der erste Satz unter Ziffer 1 sollte folgendermaßen ergänzt werden: „...wird beauftragt, *innerhalb von sechs Monaten* bei den zuständigen Behörden ...“
2. Der zweite Satz unter Ziffer 1 sollte ersatzlos entfallen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 15 Nein 2 Enthaltung 0

2.2 Verkehrsbaumaßnahme Potschappler Straße zwischen Karlsruher Straße und Stadtgrenze

**V0019/09
beratend**

Herr Zschoge, Verkehrsanlagenplaner in der Abteilung Verkehrsanlagenplanung des Stadtplanungsamtes, stellt die Vorlage vor. Er betont die Notwendigkeit der Sanierung wegen des vollkommen verschlissenen alten Straßenbelages. Herr Zschoge verdeutlicht den Ist-Zustand an Hand von aktuellen Fotografien.

Die Bedeutung der Straße als Ein- bzw. Ausfallstraße von/nach Freital ist allseits bekannt, die Fahrzeugbelegung mit jetzt 3500 Fahrzeugen pro Tag und für das Jahr 2020 prognostizierten weniger als 4000 Fahrzeugen pro Tag allerdings nur mäßig.

Beim Bau werde die Fällung von etwa 50 Bäumen erforderlich. Ein Teil dieser Gehölze muss auf der nördlichen Innenseite der oberen Spitzkehre weichen, um für die entgegenkommenden Fahrzeuge freies Sichtfeld zu schaffen; der größere Teil, auf der Südseite, muss wegen der Sanierung der Stützmauern entfernt werden, auf deren Rudimenten er momentan wächst.

Die Gesamtkosten des mit Freital abgestimmten Vorhabens beliefen sich auf etwa 1,75 Millionen Euro.

Herr Seitz fragt eingangs der Diskussion, ob es Alternativen zu den Baumfällungen gäbe, beispielsweise durch die Verringerung der vorgesehenen Fußwegbreiten. Herr Georgi ergänzt dies, indem er wissen will, ob es eventuell ausreichend sei, Gehwege nur auf einer Seite anzulegen und wie der Ausbau der Stützmauern aussehen werde.

Herr Zschoge erklärt, dass durch die beidseitige Wohnbebauung an der Potschappeler Straße beidseitige Fußwege unumgänglich seien. Ihre Breite sei so gewählt, dass sie zum Teil die vorgesehene des technischen Regelwerkes unterschreite. Die Fahrbahnbreite werde mit zukünftig 6,5 Metern zwar Begegnungsfälle aller Art gestatten, trotzdem etwas geringer sein als die jetzige mit ca. 7 Metern. Die Baumfällungen auf der Südseite wären den unumgänglichen Sanierungen der Stützmauern geschuldet und auch durch variable Fußwegbreiten nicht zu vermeiden. Herr Keil bemerkt, vielleicht sei es besser, einen Fußweg richtig zu bauen statt zwei Fußwege halb. Es dürfe nicht sinnlos ins Grün eingegriffen werden. Zudem weist Herr Keil auf die ähnliche Bedeutung der Reckestraße hin, vor allem auf Grund des fehlenden Kreisverkehrs an der Tharandter Straße.

Herr Hauck erkundigt sich, ob die Ein- und Ausfahrt von Feuerwehren etc. in die Seitenstraßen gewährleistet sei, was Herr Zschoge an Hand der Planungsunterlagen bejaht. Herr Dr. Brendler begrüßt den Ausbau in der geplanten Form, einschließlich der beidseitigen Fußwege und erinnert daran, dass die Gehölze auf den Stützmauern mehrheitlich Wildwuchs sind und dass außerdem Ausgleichsmaßnahmen bei notwendigen Fällungen vorgesehen sind.

Herr Seitz stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag um eine Ziffer 4 zu erweitern mit dem Inhalt:

„Baumfällungen im südlichen Bereich der oberen Spitzkehre erfolgen nur, soweit dies zur Sanierung des Stützmauerwerkes erforderlich ist.“

Dem Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Anschließend stimmt der Ortsbeirat über den so erweiterten Beschlussvorschlag der Vorlage ab.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt die Planungen zur Verkehrsbaumaßnahme Potschappeler Straße zwischen Karlsruher Straße und Stadtgrenze gemäß Anlage 2.
2. Das Bauvorhaben ist unter Berücksichtigung der Haushaltsbedingungen der Landeshauptstadt Dresden zu realisieren. Baubeginn für den gesamten Straßenzug ist im Jahr 2010 geplant.
3. Wesentliche Änderungen im weiteren Planungsprozess werden dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau zur Beschlussfassung vorgelegt und dem Ortsbeirat Plauen zur Kenntnis gegeben.

Stellungnahme/Beschlussempfehlung:

Der Ortsbeirat Plauen gibt folgende Stellungnahme ab und empfiehlt:

Der Beschlussvorschlag sollte wie folgt ergänzt werden:

- „4. Baumfällungen im südlichen Bereich der oberen Spitzkehre erfolgen nur, soweit dies zur Sanierung des Stützmauerwerkes erforderlich ist.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

3 Vorlagen zur Information an den Ortsbeirat

3.1 Grundhafter Ausbau der Straße Birkigter Hang zwischen Haus-Nr. 21 und 64

**V0256/09
zur Information**

Information:

Der Ortsbeirat Plauen nimmt die Information zum grundhaften Ausbau der Straße Birkigter Hang zwischen Haus-Nr. 21 und 64 zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

4 Informationen, Hinweise und Anfragen

Das Ortsamt händigt den Sitzungsplan für das Jahr 2010 aus. Es wird betont, dass zusätzliche Sitzungen bei Bedarf anberaumt werden können, dass freilich auch geplante Termine ungenutzt bleiben können, wenn keine Verhandlungsgegenstände überwiesen würden.

Das Ortsamt informiert weiter über eine Einwohnerversammlung am 04.11.2009, 18:30 Uhr im Ratssaal des Ortsamtes zum Vorentwurf des Flächennutzungsplanes. Zudem werden Zuständigkeiten und mögliche Folgeberatungen zu diesem Material erläutert.

Es wird informiert, dass der ehemalige Baucontainer an der Südhöhe in der „Toscana-Siedlung“ nach Intervention des Ortsamtes entfernt wurde. Auch die zu erwartende „Endverwahrung“ der Halde A in Coschütz/Gittersee wird erwähnt und es werden Überlegungen zur zukünftigen Freizeitnutzung des Areals ausgetauscht.

Herr Gerhardt erläuterte die Perspektive des Ratsinformationssystems „Session“ hinsichtlich seiner öffentlichen Nutzung und der exklusiven Nutzung durch die Ortsbeiräte für nichtöffentliche Texte. Dazu werde in den nächsten Wochen an alle Mitglieder des Ortsbeirates vom Büro der Oberbürgermeisterin ein Schreiben ergehen und zur Abgabe eines Codewortes aufgefordert werden, das den persönlichen Zugang freischalten werde.

Weiter wird der Ortsbeirat davon unterrichtet, dass der Fußwegbau an der Windbergstraße doch, wie ursprünglich geplant, bereits 2010 beginnen werde; ebenso jener am Plauenschen Ring, dessen Planung sich durch die zahlreichen Baumstandorte allerdings als schwierig erweise.

Dem Ortsbeirat wird von der Unterredung mit der Inhaberin des Naturkostladens Altplauen im Beisein von Herrn Georgi berichtet, in dem Herr Gerhardt eine zeitlich nicht fixierte Prüfung des Ansinnens, an der Ecke Zwickauer Straße zwei Kurzzeitparkplätze einzurichten, zugesagt hatte.

Zum Problem „Kurzzeitparken Karlsruher Straße zwischen Stuttgarter Straße und Meischschachtweg“ bittet das Ortsamt Herrn Dr. Brendler um vertiefte Informationen, durch welche Ladengeschäfte der Bedarf entstehe, um gezielt prüfen und gegebenenfalls bei der Straßenverkehrsbehörde anregen zu können.

Zudem wird mitgeteilt, dass das Altenheim Altplauen keine Tage der offenen Tür durchführe, weil es seine Bewohner nicht der Neugier Fremder aussetzen wolle. Allerdings stehe es Jedermann frei, zum Sommerfest und zum öffentlichen Weihnachtsmarkt das Heim zu besuchen.

Bevor gegebenenfalls die Initiative Plauen, Händlergemeinschaften oder andere Bürgerinitiativen im Ortsbeirat über ihre geplanten Aktivitäten berichten, wird die Ortsamtsleiterin mit jenen zu Beginn des nächsten Jahres ein Abstimmungsgespräch führen und die Schwerpunkte der kommenden Monate diskutieren.

Herr Keil interessiert sich im Anschluss für die aktuellen Unfallzahlen an der Kreuzung Nöthnitzer Straße/Chemnitzer Straße, deren weitere Erhöhung mit Einführung des neuen Busliniennetzes er befürchtet.

Herr Schmelich macht auf die regelmäßige Vermüllung des Geländes um den Hohen Stein nach den Silvesternächten aufmerksam und fragt, was das Ortsamt dagegen unternehmen könne. Frau Brauner erläutert die aktuelle Situation, die Rechtslage und den verbleibenden Handlungsspielraum im Lichte der vorhandenen Handlungsoptionen.

Herr Schmelich regt weiter an, den Ortsbeirat in geeigneter Weise über Fortgang und eventuellen Abschluss der Sanierung im Sanierungsgebiet Plauen zu unterrichten.

Die Probleme um den Wertstoffcontainerstandplatz Kaitzer Straße werden beleuchtet. Frau Brauner stellt keine Veränderung in Aussicht, wird dennoch mit dem Fachamt Rücksprache führen.

Abschließend regt Frau Buckram an, in Dresden eine Straße nach Helmut Schön zu benennen und übergibt dem Ortsamt dafür Informationsmaterial.

Irina Brauner
Vorsitzende

Rolf Gerhardt
Schriftführer